

PRESSEINFORMATION 63/2022

Geschäftserwartungen der Unternehmen sind deutlich getrübt – Rezession im Südwesten in Sichtweite

BWIK-Vizepräsidentin Breuning: Gaspreisbremse für Unternehmen muss früher kommen

Stuttgart, 2. November 2022 – Die Wirtschaft erlebt stürmische Zeiten. Die hohe Inflation, die Unsicherheiten auf dem Energiemarkt mit rasant steigenden Preisen bei Strom und Gas sowie der grassierende Fachkräftemangel hinterlassen deutliche Spuren bei den Unternehmen. „Der konjunkturelle Abschwung ist in der baden-württembergischen Wirtschaft angekommen, die Rezession ist in Sichtweite“, fasst Marjoke Breuning, Vizepräsidentin des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIK), und Präsidentin der IHK Region Stuttgart, die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage im Südwesten zusammen.

An der Umfrage haben zwischen Ende September 2022 und Mitte Oktober 2022 landesweit rund 3.360 Unternehmen aller Größen und Branchen teilgenommen. Demnach blickt nur noch jedes achte Unternehmen optimistisch in die Zukunft, das ist deutlich weniger als im Frühsommer, als noch jedes fünfte Unternehmen auf bessere Geschäfte hoffte. „Es sind aber vor allem deutlich weniger Optimisten als noch zu Beginn der Corona-Pandemie, was uns große Sorgen macht“, so Breuning.

Fast jedes zweite Unternehmen geht von einer schlechteren Geschäftsentwicklung aus, im Frühsommer befürchtete dies nur jeder vierte Betrieb. Und während im Sommer noch 50 Prozent der Befragten von gleichbleibenden Geschäftserwartungen ausgingen, sind das jetzt nur noch knapp 44 Prozent. Auch die aktuelle Lage trübt sich langsam ein. Knapp 51 Prozent der Betriebe bewertet sie nur als befriedigend – fast acht Prozent mehr als im Frühsommer. 36 Prozent der Befragten sagen die Lage sei gut (Frühsommer 45 Prozent), als schlecht bewerten sie 13 Prozent (Frühsommer 12 Prozent).

Die Gründe für den pessimistischen Blick in die Zukunft sind vielfältig. Ganz oben auf der Liste der größten Geschäftsrisiken stehen die hohen Preise für Gas und Strom, hier hat sich die Lage im Vergleich zum Sommer weiter verschärft. 79 Prozent der Unternehmen sehen die hohen Energiepreise als ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung, im Frühsommer waren es noch 70 Prozent.

„Nur jedes zweite Unternehmen kann die steigenden Energiepreise in Teilen an seine Kunden weitergeben. Ein Großteil schultert die Kosten selbst, was die Erträge deutlich schmälert“, so Breuning. „Den Betrieben geht es jetzt deutlich ans Eingemachte, der Winter wird eine harte Zerreißprobe. Es ist deshalb wichtig, dass die Politik auch die Wirtschaft zum 1. Januar 2023 entlastet und nicht erst zum 1. März. Wenn wir die Unternehmen jetzt alleine lassen, wird das für viele das wirtschaftliche Aus bedeuten“, so Breuning weiter.

Neben den hohen Energiepreisen plagt die baden-württembergische Wirtschaft der Fachkräftemangel, auch hier hat sich die Lage nochmals verschärft. „Der Fachkräftemangel ist mitten in der Gesellschaft angekommen, der Arbeitskräftemangel war noch nie so offensichtlich und so spürbar wie jetzt. Wenn Läden ihre Öffnungszeiten wegen fehlender Arbeitskräfte einschränken müssen oder Bistros zubleiben, dann ist es bereits fünf nach zwölf“, betont die BWHK-Vizepräsidentin. „Die Politik muss jetzt ihre Ankündigungen wahr machen und die Berufliche Bildung noch attraktiver gestalten. Es muss in den Köpfen aller ankommen, dass duale Ausbildung und Studium in einer Liga spielen.“ 61 Prozent der Unternehmen sehen denn auch in den fehlenden Fachkräften ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung, im Frühsommer waren es noch 58 Prozent. Die Mehrheit der Unternehmen (65 Prozent) gab an, dass sie derzeit offene Stellen nicht besetzen können. Am meisten fehlen Fachkräfte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung (78 Prozent), gefolgt von Akademikern (40 Prozent) und Fachkräfte mit einer Weiterbildung (36 Prozent). Als weitere Risikofaktoren folgen die hohen Rohstoffpreise, die sinkende Inlandsnachfrage angesichts nachlassender Investitionen und steigender Lebenshaltungskosten, die steigenden Arbeitskosten sowie die aktuelle Politik.

Große Unterschiede zwischen den Branchen

Die **Industrie** schlägt zum Herbst noch einmal deutlich Alarm. Nach den Lieferkettenproblemen im Frühsommer trüben die Sorge um eine ausreichende Gasversorgung sowie die hohe Inflation und massive Preissteigerungen bei Vorleistungsgütern die Lage jetzt deutlich ein. Nur noch knapp jedes dritte Unternehmen befindet sich in einer guten wirtschaftlichen Situation – im Frühsommer war es noch jedes zweite. Auch in die Zukunft blicken die Industrieunternehmen eher gedämpft. „Noch sind die Auftragsbücher mit Aufträgen der vergangenen Monate gut gefüllt, bei neuen Aufträgen aus dem In- und Ausland beklagen viele Betriebe dagegen einen deutlichen Rückgang“, so Breuning. Für die kommenden zwölf Monate erwarten 45 Prozent der Industrieunternehmen deshalb eine verschlechterte wirtschaftliche Situation. Befragt nach den Folgen einer möglichen Gasdrosselung um 25 Prozent geben

sogar rund 25 Prozent der Unternehmen an, ihre Produktion dann einstellen zu müssen. Darin nicht enthalten: Die Komplexität der Wertschöpfungsketten und wie auf Produktionsausfälle bei Vorleistungsgütern reagiert wird.

Ein endgültiges Ende scheint die Sonderkonjunktur in der **Baubranche** gefunden zu haben, günstige Baufinanzierungen im Wohnungsbau hatten ein ordentliches Auftragspolster beschert. Doch der Anstieg des Leitzinses und der Wegfall der Wohnbauförderung ließen die Aufträge deutlich zurückgehen. Hinzu kommen Baukosten in Rekordhöhe und die unsichere Lage bei den Rohstoffpreisen. Die Geschäftslage ist noch im positiven Bereich, allerdings erwartet jedes zweite Unternehmen aus dem Bereich Bau in den kommenden zwölf Monaten ein deutliches Minus.

Der **Einzelhandel** hat sich noch nicht von den Folgen der Corona-Krise erholt, da rutscht er in die nächste Krise. „Viele Unternehmen mussten zeitweise schließen, nur durch staatliche Hilfen und die Nutzung von Eigenkapitalreserven konnten Betriebsaufgaben und Insolvenzen teilweise verhindert werden. Diese Betriebe treffen die steigenden Energiekosten, die hohe Inflation und die Kaufkraftzurückhaltung jetzt mit voller Wucht“, erklärt Breuning. Dementsprechend melden 44 Prozent der Unternehmen, dass der Umsatz im Vergleich zum Herbst 2021 zurückgegangen ist. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise sind für 88 Prozent der Einzelhändler ein Geschäftsrisiko. Nur 35 Prozent können die gestiegenen Preise an ihre Kunden weitergeben, was im Vergleich zur Gesamtwirtschaft (52 Prozent) deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Auch die bislang zuversichtlichen unternehmensnahen **Großhändler** spüren die verschlechterte Lage in der Industrie. Die derzeitige Preisinstabilität und die geringe Kaufkraft der Kunden drücken die Erwartungen ins Minus. 46 Prozent der Großhändler erwarten eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation in den kommenden zwölf Monaten.

Das leise Aufatmen der **Gastronomie** im Sommer war nur von kurzer Dauer. „Nach den vergangenen Jahren der Pandemie mit massiven Einschränkungen konnten die Hotelinhaber und Gastwirte während der Sommerzeit die Pandemieverluste wieder etwas ausgleichen. Jetzt ist die Sorge groß, dass wegen den aktuellen Preissteigerungen die Gäste im Weihnachtsgeschäft ausbleiben. Noch sind viele Auftragsbücher leer“, erklärt Breuning. Die Gastwirte blicken dementsprechend pessimistisch auf die kommenden zwölf Monate. Auch bleiben Hotellerie und Gastgewerbe von den massiven Preissteigerungen bei Strom und Gas nicht unberührt. 95 Prozent der Unternehmen sehen die gestiegenen Energiekosten als ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens. Dreiviertel der Unternehmen im

Gastgewerbe versuchen die gestiegenen Energiepreise an ihre Kunden weiterzugeben. Ungefähr jedes zweite Unternehmen versucht die Preissteigerungen durch Investitionen in Energieeffizienz abzufedern.

Unternehmen des **Transport- und Verkehrsgewerbes** konnten ihre wirtschaftliche Situation etwas verbessern – allerdings hatten die plötzlich stark gestiegenen Benzinpreise der Branche im Frühsommer auch einen kurzen Einbruch beschert. Neben den hohen Energiekosten ist der Fach- und Arbeitskräftemangel einer der größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Dreiviertel der Unternehmen können derzeit offene Stellen nicht besetzen. Ebensoviele gaben an, die gestiegenen Energiepreise an ihre Kunden weiterzugeben. Dennoch sehen neun von zehn Unternehmen die hohen Energiekosten als ein Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Auch die **Dienstleister** spüren den Anflug der wirtschaftlichen Rezession – die Geschäftserwartungen brechen insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistern ein. Die Finanzdienstleister werden vor neue Herausforderungen gestellt. Die Anhebung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank auf 1,25 Prozent – so hoch wie zuletzt im November 2011 – hat für viele Unternehmen die Kredite deutlich teurer gemacht. Die Finanzdienstleister haben sich abgesichert und die Risikovorsorge erhöht. Die Folge: Besonders die Vergabe von Wohnungsbaukrediten ist im Kreditgewerbe stark zurückgegangen. Demnach sinkt auch die Geschäftserwartung und liegt auf dem gleichen schlechten Niveau wie zu Beginn der Corona-Pandemie im Sommer 2020.

Inlandsinvestitionen

Die Inlandsinvestitionen werden deutlich weniger. Nur noch 22 Prozent der Unternehmen beabsichtigen in den kommenden zwölf Monaten mehr zu investieren – das sind sechs Prozentpunkte weniger als im Frühsommer. Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen dazu gebracht, mehr in die Digitalisierung zu investieren. Auch jetzt gibt noch jedes zweite Unternehmen an, dass Digitalisierung ein Hauptmotiv für die Inlandsinvestitionen ist. Allerdings stößt die jetzige Energiekrise ein Umdenken bezüglich Energieeffizienz an. Im Herbst 2022 melden 42 Prozent der Unternehmen, dass ihr Hauptmotiv für Investitionen Umweltschutz und Energieeffizienz sind – der 10-jährige Mittelwert liegt bei 22 Prozent.

Exportserwartungen

Der Krieg in der Ukraine und die unsichere Lage bei der Gasversorgung haben den Exportserwartungen drastische Einbrüche beschert. „Die hohen Energiekosten schlagen auf die



bereits sehr teuren Transportkosten durch“, so Breuning. Nur noch 17 Prozent der befragten Industrieunternehmen erwarten zunehmende Exporte innerhalb des Euroraums im kommenden Jahr, 39 Prozent gehen von abnehmenden Exporten aus – und damit fast doppelt so viele wie noch im Frühsommer. Aufgrund der hohen weltwirtschaftlichen Nachfrage nach Elektronikgütern bildet hier die baden-württembergische Elektrotechnikindustrie eine Ausnahme.

Der einzige Lichtblick bleibt Nordamerika. Der schwächelnde Euro gegenüber dem US-Dollar ist für Exporteure ein Vorteil und auch die konjunkturellen Belebensmaßnahmen in den USA in Billionenhöhe haben positive Effekte auf die Nachfrage nach deutschen Gütern. Die Exporterwartungen nach Asien hängen stark von der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation in China ab.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Volkswirtschaft
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005-1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.